

Annoncen:
Annahme-Bureau:
J. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wittenberg, 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitstrasse 11.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Striland,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Nr. 806

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 17. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Abfertige 20 Pf. die sechsgesparte Zeile oder deren Raum, Restkosten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erledigte Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Annoncen:
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Parke & Co. —
Haasestein & Vogler, —
Rudolph Wölfe.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Juvalidendank.“

Amtliches.

Berlin, 16. November. Der König hat den Kreisger. Rath Langrock in Frankfurt a. O. zum Director des Kreisgerichts in Löbau, sowie den Städter Rath Bekadore in Berlin zum Director des Kreisger. in Spandau ernannt; den Appell.-Ger. Räthen Neumann zu Burgdorf und Thiem in Posen, sowie dem Kammerger. Rath Staberoh hier selbst den Charakter als Ger. Justiz Rath, den Ober-Berggräfen Wilhelm Nunge zu Dortmund und Adolph Ficker in Halle a. S. den Charakter als Ger. Bergrecht verliehen.

Die Berufung des Pfarrers Butzky zu Rüdenstein in die Inspektorsstelle an dem Gräflich von Schabrendorff'schen Waisenhouse zu Steinau a. O. ist genehmigt worden.

Die Novelle zur Strafgesetzegebung.

Die nationalliberale „Berl. Aut.corr.“ bringt folgende Auseinandersetzung:

Die Vorlage betreffend die Revision des Strafgesetzbuches verspätet sich über Erwarten. Da frühestens erst am Mittwoch die Beratungen darüber in der Plenarsitzung des Bundesraths beginnen sollen, so kann die Vorlage kaum vor Anfang nächsten Woche dem Reichstag zugehen, bis dahin wird der Reichstag bereits mehr als ein Drittheil der gesamten ihm zugemessenen Freit verbraucht gewesen sein. Wahrscheinlich hieran knüpft sich die hier und da austauchende Meinung, daß der Gegenstand in der gegenwärtigen Herbstsession des Reichstags überhaupt nicht zur Verhandlung kommen, sondern nur erledigt auf die nächste Session übergehen werde; wir können jedoch die Behandlungswille nicht für wahrscheinlich halten. Nach jetzt vorliegenden authentischen Berichten ist der wesentlichste und angefochtenste Bestandteil der Vorschläge zur Revision des Strafgesetzbuches nicht von einer einzelnen Regierung, sondern unmittelbar von der Reichsregierung ausgängen; dieser Ursprung läßt darauf schließen, daß von Seiten der letzteren Berth darauf gelegt wird, die Gegenstand zur Entscheidung des Reichstags zu bringen. Ein gleiches Interesse, wenn auch in entgegengesetztem Sinne, haben die betreffenden Vorschläge in der öffentlichen Meinung angeregt, kaum eine andere Vorlage der Session hat so viel und so nachhaltige Beachtung in der Presse und in allen Arten des Publizismus gefunden. Wenn nun zwei sehr lebhaft angeregte Gegenläufe in einer überaus wichtigen Angelegenheit in die Deutlichkeit getreten sind, so wäre es völlig unangemessen, den Austrag dieser Gegenläufe zu verschleppen und in eine spätere Session hinein zu vertagen; durch eine solche Verschleppungs-Politik wäre auf keiner Seite etwas gewonnen. Differenzen dieser Art dürfen nicht hingezogen, sondern müssen so schnell wie möglich entschieden werden. Beratung der Reichstag die Angelegenheit, so könnten Zweifel entstehen, ob und welche Aussicht auf Erfolg die vielfach angegriffenen Bestimmungen der Vorlage haben mögen; dadurch würde eine der wirklichen Sachlage nicht entsprechende dunkle Situation geschaffen werden. Tritt dagegen eine baldige Entscheidung ein, so sind die Differenzen gebrochen und die Beziehungen zwischen Regierung und Reichstag von einem förmenden Elemente befreit. Eine bloße Vertragung würde auf Seiten der Gegner der Vorlage nicht dieselbe Befriedigung hervorrufen wie eine Zurückweisung; auf der andern Seite würde eine gänzliche Zurückweisung der Behandlung gewiß für die mindest geeignete Art erachtet werden müssen, eine Vorlage der Regierung zu bestätigen, auf welche diese ein so großes Gewicht zu legen scheint. Der technische Theil der Vorlage ist nicht so schwierig, als daß er nicht noch im Laufe dieser Session zur Erledigung kommen könnte; der politische Theil dagegen wird gewiß nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen, wenn eine erhebliche Mehrheit des Reichstages zur Ablehnung entschlossen ist.

Wie bereits bekannt, hat auch der deutsche Landwirtschaftsrath gegen die schußböllerische Agitation entschieden Stellung genommen, in dem er eine vom 29. v. M. datirte Vorstellung dem Reichstag vorlegte, worin gebeten wird, an der Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 1873 festhalten zu wollen und alle Anträge auf Änderung des Zolltariffs im protektionistischen Sinne entschieden abzulehnen. Das ziemlich umfangreiche Schriftstück ist uns nun von dem Vorstande des Landwirtschaftsrathes zugesandt worden. In den Motiven werden die verschiedenen Interessen beleuchtet, welche alle auf dasselbe Ziel hinsteuern, Kartoffelmehlfabriken, Leinwand, Leinen- und Eisenindustrie. Im Gegensatz dazu wird hervorgehoben, daß der deutsche Landwirtschaftsrath sich bewußt sei, einen nationalen und patriotischen Standpunkt einzunehmen und jeden Verdacht, partizipalistische Absichten für das Gewerbe der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die andern Stände zu verfolgen, von sich fern zu halten hat. Die Erklärung erscheint uns auch insofern beachtenswerth, als sie Bürgschaft dafür leistet, daß die mehrfach angekündigte Bemühungen der Schußböller, die Landwirtschaft in irgend einer Weise in ihr Interesse zu ziehen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Wie sehr übrigens die schußböllerischen Eisenindustriellen den Mund voll nehmen, wo in sie Namen des ganzen Industriezweiges auftreten, und wie wenig sie zur Vertretung derselben eigentlich legitimirt sind, wird von der Freihändels-Korrespondenz treffend ausgeführt. Dieselbe schreibt:

Die Petition um Verlängerung des Schutzzolls, welche der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Reichstag gerichtet hat, beginnt mit der Darlegung, daß in der gemammten deutschen Eisenindustrie ein Kapital von etwa 3 Milliarden Mark angelegt und weniger als 350,000 Arbeiter beschäftigt sind. Durch diese Zahlen wollen die Petenten ein Bild davon geben, wie zahlreiche Interessen hinter ihnen stehen. Jene Zahlen können indessen nur dann den Anspruch erheben, für richtig gehalten zu werden, wenn man unter der Eisenindustrie die ganze Reichs von der Gewinnung des Eisenerzes an bis zur Herstellung einer Lanze für den Chirurgen und bis zur Drehschmiede hin versteht. Haben nun alle diese Industriezweige ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Schutzzolls? Nicht im Mindesten die gesamte Maschinenfabrikation und die gesamte Kleineisenindustrie hat im Gegenbeispiel ein Interesse daran, daß der Schutzzoll fällt, damit sie ihr Halbfabrikat möglichst wohlfel erhalten. Das Kapital und die Arbeitskraft, welche in diesen Industriezweigen stehen, sind also nicht Verbündete der Reichsber der Petition, sondern stehen ihnen als Feind gegenüber. Die Eisenerzeugung und die Roheisenproduktion haben ein unumstößliches Interesse weder an

der Aufrechterhaltung noch an Beseitigung des Schutzzolls auf Materialien; wenn sie sich größtentheils auf die Seite der Petenten stellen, so geschieht es nur aus dem Grunde, weil sie hoffen, es würde auch ein Schutzzoll auf Roheisen gelegt werden, sobald nur die erste Befreiung in unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik gelegt sei. In dem Augenblick, wo der Gedanke an einen Roheisenzoll ernstlich erörtert werden soll, hört natürlich die Freundschaft zwischen den Stahlindustriellen und den Roheisenproduzenten auf. Denn der Zoll auf Roheisen wäre geradezu verderblich für unsere ganze Stahlindustrie, wie der Zoll auf Materialien und Stahl schließlich ist für unsere Maschinen- und Feinwerkstoffindustrie. Die drei Milliarden Kapital und die 350,000 Arbeiter, welche der Verein deutscher Stahl- und Eisenindustrieller als Hilfsgruppen aufrücken läßt, bestehen zum nicht geringsten Theil aus offenen Feinden und aus verraubterischen Freunden. Die ganze Bewegung zu Gunsten der Beseitigung des Zollzuges vom 7. Juli 1873 würde aus einem engen Kreise von Interessenten nicht herausgetreten sein, wenn nicht die Schutzzölle aller Branchen sich vereinigt hätten, um einen ersten Erfolg zu erzielen, dem mehrere folgen sollen. Und es wird in der That nicht möglich sein, sich der Ansprüche der Textil-, Soda- und Leverindustrie zu erwehren, sobald man an dieser einen Stelle dem Andrang nachgegeben hat.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. November.

BAC. Die Kommission über das Hilfsklassen-Gesetz hat die wichtigsten Beschlüsse zu dem ersten der ihrer Bevölkerung unterliegenden Gesetze, durch welches Titel VIII der Gewerbeordnung abgeändert werden soll, bereits gefaßt. Als der bedeutendste derselben erscheint, daß der Kassenzwang zugelassen, jedoch zu Gunsten einer freieren Entfaltung der normativ gemäß aus der Initiative der Betheiligten heraus sich bildenden (freien) Kassen eingeschränkt wird. Die Befreiungskraft zu einer solchen Kasse soll von der Pflicht befreien, einer „Zwangskasse“ beizutreten. Damit hat die Kommission sich auf den Boden gestellt, der bei Beratung der Gewerbeordnung für die damalige Mehrheit des Reichstages maßgebend gewesen ist. Dadurch, daß beide Gestaltungen als gleichberechtigt anerkannt und in freie Konkurrenz gegen einander gesetzt werden, läßt sich für das Hilfsklassenwesen selbst die ursprüngliche Entwicklung gewinnen. Eine für das Wohl der Arbeiter lesbare sich interessende Gemeinde wird es in Händen haben, durch die vielen Vortheile, welche sie der Verwaltung der behördlich eingerichteten Kassen zuwenden kann, der Wirksamkeit der freien Kassen das Feld zu beschränken; andererseits wird einer lässigen Gemeinde gegenüber die Verwaltung freier Kassen in größerem Vortheile und zuweilen im Stande sein, die Existenzfähigkeit der Zwangsklassen zu untergraben. Aber hier wie da wird unter den gegebenen Voraussetzungen das Streben ein berechtigtes sein und dazu dienen, die Idee selber zu fördern, zu deren Schutz die gesetzliche Regelung des Hilfsklassenwesens überhaupt stattfindet. — Der Versuch, die Buläufigkeit des Kassenzwangs nur für eine bestimmte Anzahl von Jahren zu statuiren, ist von der Kommission mit Recht zurückgewiesen worden. Gewiß wird, nachdem Interesse und Einsicht bei den Arbeitern allgemein durchgedrungen sein werden, der Kassenzwang überflüssig und dann auch seine gesetzliche Aufhebung gerechtfertigt sein; indessen läßt sich der Zeitpunkt hierfür heute noch nicht nach Jahren berechnen, sondern Aufgabe der zukünftigen Gesetzgebung wird es sein, den richtigen Zeitpunkt wahrzunehmen und alsdann die gedachte Abänderung der Gesetze eintreten zu lassen.

Auch die gänzliche Ausschließung der Beitragspflicht für die Arbeitgeber ist in der Kommission beantragt, von dieser aber zurückgewiesen worden; wir nehmen an, daß dieser Beschluß nur über das Prinzip entscheidet und hierin handelt die Kommission in Übereinstimmung mit den Anschauungen, welche bisher die große Mehrheit des Reichstags für sich gehabt haben. Dagegen verdient der Vorschlag Beachtung, der die Beitragspflicht nicht für alle Arbeitgeber ohne Unterschied, sondern erst bei solchen Arbeitgebern beginnen lassen will, die eine erhebliche Anzahl von Arbeitern beschäftigen. Die Beitragspflicht der Arbeitgeber fängt in der That erst bei einem Gewerbebetrieb von größtem Umfang an gerechtfertigt zu werden und scheint nicht recht auf das kleine Handwerk zu passen. Nach den bisherigen Ergebnissen der Kommissionsverhandlungen sind wir, entgegen dem Eindruck, welchen die erste Lesung der Vorlage im Reichstage selber machte, zu der Annahme berechtigt, daß schon in dieser Session eine befriedigende Verständigung gewonnen werden wird.

Wir machen bereits gestern darauf aufmerksam, daß die Bekanntmachung des Staatsanwalts Tessendorf betreffend die Beschlagsnahme der Broschüre „Pro Nihilo“ nichts von Majestätsbeleidigung enthält, und doch den darauf bezüglichen § 95 St.-G.-B. in erster Reihe anstrebt. Der heutige „Staatsanw.“ wiederholt die gestrige Bekanntmachung mit nummeriger Einfügung der Worte: „wegen Beleidigung Seiner Majestät des deutschen Kaiser“ hinter den Paragraphtiteln und mit der Bemerkung: „In der gestrigen Bekanntmachung fehlt in Folge eines Schreibfehlers des Expedienten dieser Satz.“

Der Vorstand des „Vereins der katholischen Jugend“ in Italien hatte es bekanntlich für schädlich erachtet, an Kaiser Wilhelm während dessen Anwesenheit in Mailand eine Adresse zu richten, in welcher von Seiten dieser Junglinge die Aufhebung der Maigesetze, Veränderung der kirchlichen Politik, Befreiung der gefangenen Bischöfe und vergleichende verlangt wurde. Dem Absender dieses soudabaren Schriftstücks ist nunmehr folgende Antwort zugegangen:

Hochgeehrter Herr! Bei meiner Rückkehr nach Rom erhalten ich die Adresse, welche Euer Wohlgeborenen, in Vertretung des sogenannten

Vereins der katholischen Jugend Italiens, Sr. Majestät dem Kaiser und König, meinem durchschlagendsten Landesherrn, zu unterbreiten gewünscht haben. Da jedoch der Inhalt des Schriftstücks mir nicht geeignet erscheint, Sr. Majestät überreicht zu werden, so erlaube ich mir, es Ihnen beiliegend zurückzuladen, indem ich zugleich die Gelegenheit ergreife, Ihnen den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung zu übertragen. Rom, den 7. November 1875. Dr. Gesandte des deutschen Reiches beim Königlich italienischen Hofe, G. L. Leudell. Herr Giovanini Aquavanti Wohlgeboren, Bolzano.“

Die in diesem Schreiben gesperten Worte scheinen Herr Acquaderni Wohlgeboren sehr zu Kopf gestiegen zu sein, da er sich beeilt, sie an die große Glocke der „Germania“ zu hängen. „Wie kommt es“, fragt er, daß der deutsche Gesandte in Rom bei seiner Rückkehr auf seinen Posten volle vierzehn Tage nach des Kaisers Abreise dieses Schriftstück erhält? Dasselbe war nämlich durch rekommandierten Brief direkt an die Person des Kaisers nach Mailand adressiert worden.

„Es erregt großes Aufsehen“ schreibt Herr Acquaderni weiter, „zu vernehmen, daß ein an ein getriebenes Haupt gerichtetes verstecktes Schreiben vor der Zustellung an den hohen Adressaten die Kontrolle oder Benutzung eines Beamten zu passiren hat. An Se. Heiligkeit Pius IX. werden nämlich zahlreiche Briefe direkt durch die Post gefandt, und der Papst eröffnet sie entweder eigenhändig oder läßt sie in seiner Gewalt öffnen und sich dann den Inhalt vorlesen. Vorwiegendlich wird die ganze katholische Presse Italiens diesen Vorgang berichten und Kommentare begleiten. Es wäre somit gut, wenn von anderer Seite hier eine genügende Erklärung gegeben würde.“

Die „Germania“ ist natürlich ganz der Ansicht des verehrten Schreibers und erwartet eine baldige und genügend Erklärung. Wir wissen nicht, ob eine solche erfolgen wird, in jedem Falle würde ihr das zweite Präsidial in den Augen der Germania wohl immer fehlen. Wir erklären uns die Sache sehr einfach. Wenn Herr von Leudell Briefe, die an den Kaiser gerichtet waren, eröffnete und über ihre Überreicherung entschied, so that er dies sicher nicht anders als auf bestätigte allerhöchsten Befehl. Daß aber der Kaiser eine solche Anordnung getroffen, während doch der Papst alle an ihn gerichteten Briefe selbst liest, scheint Herr Acquaderni ein gewaltiger Verstöß. Der Herr vergisst, daß die Zeit des deutschen Kaisers ungleich kostbarer und von ernster Arbeit ausgefüllter ist, als die des Papstes, für den die Pflicht derartiger „Kundgebungen“ allenfalls zu den Regierungsgeschäften gehören mag. Der Verein der katholischen Jugend wird aus dem gesandtschaftlichen Beside umgekehrt den Grad der Taktlosigkeit erkennen, dessen er sich mit einer so unerhörbar anmaßlichen Zumuthung an den reisenden Monarchen schuldig mache. An eine Wirkung seiner „Auretti“ konnte er unmöglich glauben, derselbe war einzigt auf den Glat berechnet und fand daher ihren richtigen Bestimmungsort im Papsttor.

— Der Magd. B. wird von hier telegraphiert:

In Reichstagskreisen wird erzählt, die ultramontane Partei habe durch das Medium eines hochstaatlichen Geistlichen, der früher Mitglied des Landtages war, den Versuch gemacht, zu erfahren, ob nicht später bei einem Regierungswchsel Aussicht vorhanden sei, unter günstigen Bedingungen einen Kompromiß zu schließen. Hierauf wäre dem Fragenden aus hohem Munde die Antwort zu Theil geworden, die Pietät gegen die katholische Kirche entspreche den Traditionen des Hohenloh-Lichtenhauses; aber ebenso entsprechend demselben, daß der kathol. Klerus sich dem Landeseltern zu fügen habe. Von dieser Forderung, sowie von dem bestehenden gesetzlichen Recht werde niemals etwas aufgegeben werden. Die Bedeutung dieses Vorgangs liegt auf den H. und wird dazu beitragen, die bereits wachsende Bähigkeit des katholischen Klerus rascher zu brechen und zu dem einzigen Entschluß zu bringen, der übrig bleibt: Unterwerfung unter das gemeinsame Recht des Landes und zum wenigsten zum thaläthischen Gesetz auf die Prätension einer über und neben den Gesetzen stehenden souveränen Priesterlichkeit.

— Die „Nat. Ztg.“ ist bezüglich der landesherrlich zur Generalsynode berufenen 31 Mitglieder, deren Namen wir bereits mitgeteilt haben, nicht ohne Bedenken. Sie schreibt:

Im Ganzen nicht allzu lebhaften Hoffnungen auf ein angemessenes Ergebnis der Verhandlungen der Generalsynode beruhend gegenüber dem bekannten Ausfall der Wahlen in den Provinzialsynoden ausschließlich auf der Auswahl der allerhöchst zu berufenden dreifzig Mitglieder. Nun liegen die Namen der Berufenen vor. Auf eine Charakteristik dieser Zusammenstellung einzugehen, können wir uns ersparen, sie spricht für sich selbst. Man darf bei einer größeren Anzahl der Berufenen zweifelhaft sein, ob sie überhaupt auch nur auf dem Standpunkt stehen, den der vorgelegte Entwurf einnimmt, und wir sind so in der That in Verlegenheit, den Gedankengang und vorzutragen, der die Verbindung zwischen der Vorlage dieses Entwurfs und der Erlassung dieser Verfassungen herstellt. Die Aussichten für das Werk der Generalsynode sind daher keineswegs gestiegen und die Kontrolle, welche in leichter Hand über die zu erwartenden Beschlüsse auch dem Landtag zufällt, erhält unter diesen Umständen noch einen ganz besonderen Wert.

— Der Sohn des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl, Prinz Joachim Wilhelm Friedrich Leopold, schreibt gestern seinen 11. Geburtstag. Der Kaiser überreichte dem jungen Prinzen zwei Kabinettordens, gemäß welchen derselbe zum Sekonde-Lieutenant im ersten Garde-Regiment i. F. ernannt und mit dem Bande und Stern des Schwarzen Adler Ordens nebst den übrigen einem königlichen Prinzen zugehörenden Ordenstafelationen belebt wird. Nachdem Prinz Leopold sofort Uniform und Orden angelegt, empfing er die Glückwünsche der kaiserlichen Familie und machte seine dienstliche Meldung bei seinem kaiserlichen Großonkel, der ihn darauf zu gleichem Zwecke dem militärischen Vorgesetzten persönlich überführte. Im Laufe des Vormittags fuhr alsdann der Prinz Friedrich Karl mit dem jungen Prinzen zu den hier anwesenden Feldmarschällen, dem Grafen v. Wrangel, dem Grafen v. Motte und dem Freiherrn v. Manteuffel, sowie zum Kriegsminister General der Infanterie v. Kameke, um denselben den Prinzen Leopold vorzustellen.

— [Personalien.] Die „Kiel. Ztg.“ erfährt aus einer Quelle, welche sie für gut unterrichtet zu halten Grund hat, daß die Versetzung des Vice-Präsidenten der kgl. Regierung in Schleswig, Herrn Bitter, in nächster Zeit erwartet wird. — Am 11. November d. J. ist der Rittmeister a. D. und Platzmajor von Wall August von Charbonnière verstorben; der letzte Enkel des gleichnamigen be-

rührten Generals, mit dem der Männerstamm der von Scharnhorst erlischt. — Der letztere Umstand bietet Veranlassung einen kurzen Überblick über die Genealogie des Scharnhorst'schen Geschlechts zu geben. Gerhard David Scharnhorst wurde im Jahre 1755 am 10. November, demselben Tage, an welchem bekanntlich auch Martin Luther und Friedrich Schiller das Licht der Welt erblickten, geboren. Der nachmals so rühmlich bekannte preußische General v. Scharnhorst organisierte die Heeresverfassung von Preußen, bereitete die siegreichen Kämpfe gegen Frankreich vor, und erlag — der einzige General in den Freiheitskriegen — seinen, am 2. Juni 1813 erhaltenen Wunden in der Schlacht bei Lützen. Er hinterließ zwei Söhne und eine Tochter. Der älteste Sohn Wilhelm v. Scharnhorst vermählte sich mit der Tochter des ebenfalls aus den Freiheitskriegen ruhmvoll bekannten Feldmarschalls Graf Gneisenau. Er starb als preußischer General der Infanterie a. D. am 13. Juni 1854, nachdem sein jüngerer Bruder ihm um 30 Jahre vorausgegangen war. Auch General Wilhelm v. Scharnhorst hinterließ zwei Söhne und eine Tochter. Von jenen ist wie bemerkt, als der Letzte am 11. November 1875, also genau 120 Jahre, nachdem der berühmte Scharnhorst das Licht der Welt erblickte sein Enkel August v. Scharnhorst verschieden.

— Die Formulidkeiten, welche die bei Geschleugn gen erforderlichen Dispensationen erheischen, sind durch eine unter den S. d. W. an sämmtliche Justizbehörden geichete allgemeine Verfugung des Justizministers geregelt. Der Justizminister stellt namentlich fest, daß er ohne den Bericht der Gerichtsbehörde niemals entscheiden, ob ihm unmittelbar zugehörende diesfallsige Gefüche lediglich ohne Verfugung der zuständigen Behörde überreichen lassen werde. Diese hat die thatfächlichen Argaben der Gefüche so weit festzustellen, daß eine bestimmt gutachtlliche Aeußerung für oder gegen das Gefuch erfolgen kann.

— Die Agenten von Feuerversicherungsgesellschaften sind nach den Vorschriften des Gesetzes vom 8. Mai 1831 verpflichtet, vor Aushändigung der Polisen über eine abgeschlossene Versicherung die amilie Eklärung der Polizeiobrigkeit des Wohnortes der Versicherungssuchenden einzuholen, daß der Aushändigung in politischer Beziehung keine Bedenken entgegenstehen. In Beziehung auf diese Bestimmungen hat das Ober-Tribunal in einem Erkenntnis vom 23. September d. J. ausgesprochen, daß bei Unterlassung dieser gesetzlich gebotenen Handlung der Agent strafbar ist, auch wenn er bei dieser Unterlassung nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig gehandelt hat.

— Der Magistrat hat beschlossen, einen Antrag des Stadtrathes Magnus wegen Errichtung einer Altersversorgungsanstalt für Personen aus allen Ständen und Konfessionen einer besondern Subkommission zur Vorberathung zu überweisen. Wohl lange ist eine in der Kommunalbehörde argereate neue Einrichtung nicht zu einer so allgemeine Zustimmung in der Bürgerschaft gelangen, als diese die an Bedeutung den städtischen Sparkassen zur Seite suchen, bezw. diese ergänzen würde. Splant ist dieselbe auch wohl in der Weise, daß für die Regel-Einzahlungen von kleineren oder größeren Beiträgen oder auch einmalige Einzahlungen von den Beträffenden genach werden sollen. Die bestehenden derartigen Stiftungen unter städtischer Verwaltung, insbesondere für „würdige Bürger oder Bürgerinnen“ genügen dem vorhandenen sozialen Bedürfnisse nur in sehr geringem Maße.

Königsberg, 11. Nov. Der „Erm. Bta.“ wird geschrieben:

Im Anschluß, an meinen Bericht, daß ein Unteroffizier den Heiratskonsens nur unter der Bedingung erhalten haben soll, daß er sich kirchlich trauen lasse, kann ich heute noch hinzufügen, daß nunmehr auch alle übrigen Anwärter der biesigen Regimenter, die ihre Ehe nur vor dem Standesbeamten geschlossen, die kirchliche Trauung nachzuholen haben. In mehreren Fällen, wo die Leutchen schon drei bis vier Monate zusammen leben, sieht die Ausführung dieses Befehls oder Wunsches seitens der Vorgesetzten insofern auf Verstand, als die jungen Frauen jetzt nach so langer Zeit nicht noch mal als Braut vor den Altar treten wollen.

Aus Hohenzollern, 10. November, wird der ultramontaner
Pölz "Mädel" gefrieden:

„Köln. Volkszug.“ geschrieben:
„Verflossenen Sonnabend traf in Beuron ein Herr aus Berlin ein, der als Musikkenner speziell vom Kaiser geschickt worden ist, um die dortige Musikhochschule zu prüfen. Bekanntlich pflegen die Benedictiner in Beuron die kirchliche Musik und ganz besonderen gregorianischen Gesang, in dem sie eine imponierende Pracht und Meisterschaft entwickeln. Zugleich bildeten sie — wie auch in der Malerei — weltliche Schüler aus, und eine sehr große Anzahl von Lehrern und Kantoren, sind aus der Schule von Beuron hervorgegangen. Der Reiseweg des musikalischen Gundländers ist nun der zu untersuchen, in wie weit der Ruf des Kunstinstituts begründet ist und heraus womöglich eine Ursache herzuleiten, die Niederlassung in irgend einer Form fort bestehen zu lassen. Noch drei Wochen und die geistigen Wohlthäter des Donaubales müssen fort, also periculum in mora. Man ist natürlich sehr gespannt, welches Resultat diese Untersuchung holen wird.“

Der Zweck des musikalischen Gesandten" wird wohl mit der Aufhebung oder dem Fortbestehen der Niederlassung nichts zu thun haben.

Konstanz, 12. November. Im Kreise der Ultramontanen in Baden herrscht einige Beunruhigung, weil man bei Eröffnung des vermeintlichen Grabes des hl. Konrad in Konstanz, dessen 900jähriges Feier bevorsteht (er starb im Jahre 976), den Steinsarg — leer fand. Das „Freib. kath. Kirchenblatt“ erklärt den schwierigen Fall in mehreren Artikeln und thut dar, daß die echten Gebeine des hl. Konrad doch wohl noch an einer andern Stelle im Münster aufgefunden werden würden. Für solche wunderhüttige Gebeine gäbe die zur Zeit in der katholischen Kirche herrschende Partei alle Kunstsäcke der Welt mit Freuden hin. Die „Konst. Ztg.“ macht nun einen Vorschlag, wie die Gebeine sehr leicht und ohne Durchwühlung des ganzen Münsterbodens aufzufinden seien; sie sollen sich von selbst verrathen. Es braucht nur ein Hilfsbedürftiger, wie der Knabe im 12. Jahrhundert, durch die ganze Kirche zu kriechen; an der Stelle wo er gehetzt wird grabe man nach; da muß der hl. Konrad liegen.

Bern, 13. Nov. Der große Wahltag hat, wie sich nach und nach herausstellt, das merkwürdige Resultat geliefert, daß alle Parteien davon befriedigt waren. Im Grunde hatte jede das gleiche Schicksal: nicht alle Hoffnungen haben sich erfüllt, aber auch nicht alle Befürchtungen waren begründete gewesen. Der Nationalrat hat im Allgemeinen keine solchen Veränderungen erlitten, die einen politischen Systemwechsel zur Folge haben könnten. Es ist also so gekommen, wie man vorausgesehen hatte. Die Ultramontanen haben an einzelnen Punkten — Tessin und St. Gallen — einen Vorsprung gewonnen, dafür aber an einem von den Liberalen selbst als einer der schwäbtesten betrachteten Punkte, dem Berner Jura, eine glänzende Niederlage erlitten: sie haben ein Gravelotte erlebt, das Sedan wird nicht ausbleiben. Bemerkenswerth ist, daß die Wahlbewegung, wenn sie auch an manchen Stätten große Wellen geworfen, doch überall ohne die leiseste Störung der öffentlichen Ordnung vor sich gegangen, selbst im Tessin, wo so häufig das heiße Blut in die braunen Gesichter der ersten Wähler zu treten pflegte.

Paris, 14. November. Die gesammte liberale Presse hält heute von Wehklagen über den Dufaur'schen Preßgesetzwurf wieder, den drakonischen, wie sie sagt, der jemals einer französischen Kammer zugemutet worden ist. Das XIX. Siccile kann nicht umhin, folgende „bittere Reminiscenz“ beizubringen:

Im Februar 1817 haben die Führer der preußischen Armeen und die preußischen Verwaltungsbeamten der vom Feinde besetzten Departementen den Belagerungszustand während der Wahlperiode auf, damit man nicht sagen solle, daß sie ihrerseits der Wahlfreiheit eine Schranke anlegten. Sie verfaßten die Blätter, welche sie unterdrückt hatten,

wieder zum Wort undtheilten ihnen dies in Erlässen mit, von welchen wir hier eine Probe geben wollen:

Um die auf den 8. d. M. angestrebten Wahloperationen zur Er-
nennung der Abgeordneten zu erleichtern, wird die Herausgabe der
Zeitungen in dem Departement Seine-Infanterie unter der persönlichen
Verantwortlichkeit der Chefredakteure und Drucker und unter der Be-
dingung gestattet, daß sie keinen für die Person oder die Armenen Sr.
Majestät des deutschen Kaisers beleidigenden Artikel veröffentlichen
und ein Exemplar ihres Blattes vor der Ausgabe auf der Präfektur
niederlegen.

In der „Eure“ schrieb der deutsche Präfekt dem französischen Delegirten, „dass die Wahlen durchaus frei und unabhängig von dem Einflusse der deutschen Behörden sein sollen und dass die Blätter diese Frage in voller Freiheit unter der Verantwortlichkeit der Redakteure behandeln könnten.“ Es giebt kein einziges damals der Fremdherrschaft unterworfenes Departement, sagt das „XIX. Siecle“, auf welchem wir nicht ähnliche Bezeugnisse beibringen könnten. Und eine französische Kammer sollte sich von den Preussens beschämen lassen?

— In den Regierungskreisen versichert man, schreibt der „Tempß“, daß die Kammer um Weihnachten werde auseinander

bergehen können und daß der neue Senat und das neue Abgeordnetenhaus in den ersten Tagen des März 1876 zusammentreten dürften. — Die ultramontanen Blätter veröffentlichten das Neg'ement für die Studirenden der Rechtsfakultät der katholischen Universität von Paris. Dasselbe macht den Studenten den regelmäßigen Besuch der Vorlesungen zur Pflicht; bei Beginn jeder Vorlesung erfolgt ein Namensaufzuf und alle vierzehn Tage wird eine Liste der ohne Entschuldigung Abwesenden dem Bizerktor mitgetheilt. Vor der dritten und vor der sechsten Fasskription haben die Studirenden eine Prüfung zu bestehen. Jeder Student wird für die ganze Dauer seiner Studien unter die Aufsicht eines Professors gestellt, welchen ihm der Dekan nach

unter die aufzugt eines professors gezeigt, welchen ihm der Verantrag einer Liste von drei Namen, die der Student selbst vorschlagen kann, bezeichnet. Kein Student darf irgend einen Privatunterricht genießen, ohne dazu die Erlaubnis des Dekans eingeholt zu haben. Daß die Deffentlichkeit von den Vorlesungen ausgeschlossen ist, haben wir bereits gemeldet. Die innern Angelegenheiten Frankreichs lassen übrigens der französischen Presse hinreichend Raum und Muße sich neuerdings mehr in der Orientfrage zu beschäftigen. Während John Lemoine im „Journal des Débats“ England wegen seiner eigenen Haltung verhöhnt, erklärt der „Moniteur“ in einer Besprechung der russischen Politik, daß diese in keiner Weise Verantwortung biete zu den Befürchtungen, die man in jüngster Zeit an der Börse und sonst gehabt hätte. Seit dem Jahre 1871 habe die Regierung des Kaisers Alexander in zahlreichen Fällen so überzeugende Beweise ihrer Friedensliebe und ihrer einflussreichen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens gegeben, daß es durchaus ungerechtfertigt sein würde, ihr den Gedanken unterzustellen, daß sie Verwicklungen im Orient herbeiführen wolle. Der „Moniteur“ bemerkt schließlich, der Friede Europas sei sicher gestellt durch den guten Willen aller Mächte und gewiß durch den Russland, welches zu seiner Erhaltung so viel beigetragen habe.

Paris, 14. November. Die Erkönigin Isabella von Spanien erschien gestern vor der ersten Kammer des pariser Zivilgerichts, um einen Prozeßfeld zu leisten: Sie hatte ihre Tasel einem gewissen Blanchard in Entreprise gegeben, so zwar, daß sie diesem für die Beköstigung ihres ganzen Hauses monatlich eine gewisse Pauschalsumme zahlte. Nun war Blanchard mit Hinterlassung einer Schuldenlast von 27,037 Frcs. 75 Cent. durchgegangen und die Lieferanten welche diesen Betrag von ihm zu fordern hatten, glaubten dafür solidarisch mit ihm die spanische Majestät belangen zu dürfen, da die Königin, wie sie behaupteten, sich persönlich anheischig gemacht hätte die von Blanchard bestellten Artikel zu bezahlen. Die Königin bestritt dies, wies nach, daß Blanchard seine monatlichen Beziege regelmäßig und richtig erhalten hätte, und kam wegen der angeblich von ihr übernommenen Haftpflicht zum Eide. Gestern leistete sie diesen Eid und die Lieferanten wurden mit ihrer Klage abgewiesen — Man versichert, sagt das „Journal des Débats“, daß der

Marschall MacMahon den Wunsch geäußert hätte, auf die Liste der Kandidaten für den Senat, welche die Nationalversammlung zu wählen hat etwa zwanzig Persönlichkeiten gestellt zu sehen, die der gegenwärtigen Kammer nicht angehören, aber dem Lande auf anderem Gebiete hervorragende Dienste geleistet haben. Man nennt unter diesen Persönlichkeiten den Marschall Canrobert und den Kardinal Erzbischof von Paris. — Die gestern in zweiter Lesung beschlossene Streichung der Repräsentation der Kolonien trifft neun Abgeordnetenmandate, nämlich je zwei für Guadeloupe, Martinique und la Réunion und je eines für Guyana, Französisch Indien und Senegal. Es verdient übrigens bemerkt zu werden, daß auch ein dem Ministerium nahestehendes Blatt, das „Journal de Paris“ die Annahme des Amendements Chaussevallier bedauert und die Hoffnung ausspricht, dasselbe werde, bei der dritten Lesung verworfen oder doch modifiziert werden. Man könnte allenfalls, sagt das orleanistische Organ, die Zahl der Abgeordneten der Kolonien herabsetzen oder für die Wahlen der Kolonien besondere Regeln aufstellen, daß man aber die Kolonialvertretung kurzweg unterdrücke, scheint uns schlechterdings unzulässig. — Der Prinz Peter Bonaparte hat das historische Haus, in welchem er im Januar 1870 den unglücklichen Victor Noir über den Haufen geschossen hat, Autenil, Grande Rue, Nr. 59, an einen Herrn Berhoven um den Preis von 118,115 Fr. 95 Cent verkauft.

Spanien. In Catalonien scheint der karlistische Aufstand in den That in den letzten Bügen zu liegen. Es erhellt dies unter andern auch aus der neuesten Proklamation an die Bevölkerung, welche General Martinez Campos erlassen. Dieselbe lautet:

Am 18 d. bei Sonnenaufgang wird sich im ganzen Fürstenthum ein Landsturm formiren und so lange es die Obrigkeit vorschreibt beisammen bleiben. Der Landsturm besteht aus allen waffenfähigen Bürgern vom 18. bis zum 60. Jahre mit Ausnahme der Briefer und Bastoren. Der Gemeinderath führt denselben an. Die Bewohner der außerhalb der Dörfer stehenden Fabriken und Gebäude müssen sich daran beteiligen. Zunächst werden die Höhen besetzt, die Wälder durchstreift und die Feldhütten und sonstigen Schlupfwinkel, welche Flüchtlinge ein Obdach gewähren könnten, genau untersucht. Von dem Tage an, welcher für die Formirung des Landsturms angesetzt ist, dürfen weder Eisenbahngüte noch sonstiges Fuhrwerk auffahren; Niemand kann ohne Erlaubniß reisen. Die Bürgermeister werden dieseljenigen, welche sich nicht am Landsturm beteiligen, anzeigen. Das Dorf, welches seine Mitwirkung veragt, wird mit einer besonderen Kriegsteuer belastet und der Gemeinderath zur Rechenschaft gezwungen. Alle Landhäuser, worin sich Kriegsmittel befinden, werden ausgeräumt und dann zugemauert; ihre Bewohner werden in Gefangenschaft genommen. Alle, welche sich am Landsturm beteiligen, führen Waffen. Für jeden Karlsten, der lebendig oder tot eingeliefert wird, werden

250 Beseten rückständiger oder noch zu erhebender Steuern erlassen. Diejenigen, welche sich auszeichnen, machen sich um König und Vaterland verdient und sollen zu besonderen Belohnungen vorgeschlagen werden. Jeder Theilnehmer am Landsturm empfängt täglich $1\frac{1}{2}$ Peseta (120 M.) u. s. w.

Dieser energischen Maßregel schließt sich ein Aufruf an die Karlisten an, in dessen Einleitung sie aufgefordert werden, ihren unnützen Widerstand aufzugeben. Die beiden einzigen Artikel derselben lauten:

oder bei den Militärbehörden dieses Distrikts freiwillig stellen, beginnt.
2) Nach diesem Datum werden alle die Gefangenen, welche dem
karlistischen Heer angehört haben, der ganzen Strenge des Gesetzes
überliefern.

Nom. Der Prozeß Sonzogno ist endlich nach dreiwöchentlicher Verhandlung beendet worden. Wie telegraphisch gemeldet wurde, ist am 13. das Urtheil gefällt worden und zwar sind den Hauptangeklagten, dem Journalisten Luciani, dem Tischler Frezza, dem früheren Offizier Armati, Schankwirth Morelli und Weber Farina lebenslängliche Zwangsarbeit auerlangt; der Todtenzähler Scarnetti wurde freigesprochen.

Aus Rom wird der wiener "Polit. Korr." geschrieben: "Der neue italienische Strafcode enthält bekanntlich die Strafe der Deportation, die bisher den italienischen Strafgesetzen fremd war. Die Regierung beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Ausfindigmachung eines passenden Ortes zur Errichtung einer Straflosniss. Die diesbezüglichen Bemühungen, die lange resultatlos blieben, scheinen in neuester Zeit einen Erfolg zu versprechen. Wie nämlich verichert wird, sind zwischen Italien und England Verhandlungen wegen Abtretung der Insel Sanct Helena (Verbannungsort Napoleon I.) eingeleitet worden, und sollen diese Verhandlungen schon ziemlich weit vorgeschritten sein."

Aus Petersburg, 13 November, wird der "Post" geschrieben:

aus Petersburg, 15 November, mit der „post“ geschrieben:
Die Abreise des Kaisers aus Livadia ist auf den 19. November (1. Dezember) angelegt, so daß der Kaiser wahrscheinlich am 22., also nur zwei Tage vor dem Georgenfeste, hier eintreffen würde. Zu demselben erwartet man auch den Prinzen Karl von Preußen. Generals als Kaufmann wird sich wahrscheinlich bei dem Kaiser in Livadia melden und dann hier ebenfalls dem Georgenfeste beiwohnen. Er hat mit geringen Kräften große Thaten vollbracht und durch Kluges, umstichtiges Handeln, verbunden mit der bewunderungswürdigen Tapferkeit der wenigen Truppen, welche ihm zu Gebote standen, vom russischen Turkestan eine große Gefahr abgewehrt. Der Aufstand war vom Mullah der Kiptschaken Abdurrahmen Awtobatschi mit großer Umsicht vorbereitet. Ueberall hatten seine Dervische den Hasamat (heilige Krieg) gegen die Moskäts verklündigt und nur die Achtung, welche die Russen, nicht allein im russischen Turkestan, sondern auch in den Ländern, welche im Osten und Süden an Koland grenzen, mit Recht gezeichneten, war es zu verdanken, daß der heilige Krieg nicht weiteren Anslang fand. Im russischen Turkestan konnten erst nach dem Einfalle der Kolandsen und unter Todesdrohungen einige tausend Muhammedaner gewonnen werden, mit Awtobatschi's Banden gemeinschaftlich Sache zu machen und legten sie so leicht die Waffen nieder, als es der kleinen russischen Helden-Schaar gelungen war, den manzischaf stärkeren, fanatischen Feind über die Grenzen zurückzutreiben. Nur wenige russische Unterthanen blieben bei den Aufständischen und sind dieselben theils umgekommen, theils werden sie schwerlich nach Haus und Hof zurückkehren, wo harde Strafen sie erwarten. Die Gebirgsbewohner an der Ostgrenze Kolands wiesen nicht allein die Votan Awtobatschi's zurück, sondern verweigerten auch einzelne Freischaaren den Durchzug mit dem Bemerkern, daß es nicht in ihrem Interesse läge, sich mit den Russen zu erzürnen. In Taschkent aber war die Zahl derer, welche sich bewaffneten, um gemeinschaftlich mit den Russen sich zu vertheidigen, nicht gering. Die dortigen Sarten sind noch zu sehr der Grauel der grausamen Wirthschaft unter den asiatischen Herrschern eingedenkt, um nicht Alles zu sagen, damit solche Seiten nicht wiederkehren, wo Lebe und Gut der Unterthanen nur von der Laune der tyrannischen Herren und deren Statthalter abhängen. Einige Hundert Offizieren aus dem russischen Turkestan befanden sich sogar in dem kleinen Heere des General v. Kaufmann, dem sie gute Dienste leisteten. Taschkent, kaum 60 Werst von der Grenze entfernt, war vor einem Handstreich nicht sicher, zumal Awtobatschi über mehr als 25 000 Reiter verfügte. General v. Kaufmann konnte hier nur ein Schützenbataillon, des Gouvernementes Beteilbu, eine Kompanie Linien-Infanterie, 150 Kosaken und 6 Geschütze lassen, im Ganzen 1500 Mann, zu wenig, um Stadt und Land zu vertheidigen. Es wurden daher in aller Eile die Reserven wieder eingezogen, dann wurden die eben angelangten Rekruten hinzugefügt und einerexzit; sie bildeten mit den Reserven ein respektables Corps von 2200 Mann. Auch Freiwillige, Fabrikarbeiter, Posthalter, Postillionen waren bewaffnet, so daß in wenigen Wochen in Taschkent und der Umgegend eine Reserve von fast 4000 Mann aufgestellt war. Am 28. September (10 Oktober) kamen die Trophäen der Schlachten von Macram und Margelein in Taschkent an und wurden feierlich unter Escorte und Musik in den Strogen umhergetragen, zur Freude der staunenden Menge. Diese Siegeszeichen bestanden aus zahlreichen Waffen aller Art, namentlich Kanonen, meist aus Bronze, mit dem Namen des Chans Ebudojan und der Jahreszahl 1282 der Hedscha (1869), pumpe hergestellt, auf schlechten Lefetten, ferner aus Rosschweisen und Fahnen. Über das Schicksal des nach Toktakant geflohenen Chans Nair Eddin ist noch nichts Näheres bekannt geworden. Bei der im Chanate herrschenden Anarchie hat es der General en chef für nöthig gefunden, das dem russischen Gebiete zunächst gelegene Land auf dem rechten Ufer des Syr unter eigene Administration zu nehmen. Dies Land erfreut sich bis zum Flusse Marie und begreift die Stadt Namangan, welche einer der Herde des Aufstandes war. Zum Chef dieser Verwaltung, welche nur eine vorläufige ist, wurde der kürzlich zum Generalmajor avancirte Oberst Stobelen ernannt. Von einer Einverleibung Kolants in das russische Turkestan ist nicht die Rede. Der Gesandte des Emirs von Kaschgar, Jakub Chan, hat nach der Feier des Namasan gestern unsere Stadt verlassen, um über Moskau, Samara, Orenburg und Taschkend nach Kaschgar zurückzukehren. In Taschkent wird er mit dem General von Kaufmann eine Zusammenkunft haben. In Bokhara und Chiwa ist alles ruhig; dort hat der Krieg in Koland nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Die in deutschen Blättern ausgesprochene Nachricht von einem allgemeinen Aufstande des Islam gegen die Russen in Mittelasien ist völlig irrig.

Lokales und Provinzielles.

?? Aus dem Kreise Samter, 14 November. [Amts jubiläum.] Wer sich am heutigen Morgen unserer anmuthig gelegenen Stadt Pinne nahte, konnte schon aus weiter Ferne die Wahrnehmung machen, daß dort ein ganz besonders festliches Ereigniß stattfinden müsse, denn vom hohen Söller des freundlichen, mit grünen Girlanden geschmückten Posthauses flatterte lustig beim prächtigsten Wetter die mächtige preußische Fahne und vom Ballon wehten die deutschen Reichsflaggen. Aus allen Richtungen, von nah und fern, brachten Extraspulen und sonstiges Gefährt alle die Festgenossen herbei, welche dem verdienten Posthalter und Postexpediteur, Bürgermeister a. D. Hrn. Ferdinand Weiß, an seinem 50jährigen Amts jubiläum ihre Theilnahme an dem seltenen Feste bezeugen wollten. Ganz Pinne schien sich an der schönen, für unsere Stadt wirklich großartig, vorbereiteten Feier zu betheiligen, ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession. Aus Posen hatte sich der Herr Ober-Post-Direktor Schiffmann mit einer Deputie

tation höherer Postbeamten eingefunden, und überreichte dem Jubilar in feierlicher Ansprache den ihm von S. M. dem Kaiser verliehenen Kronenorden, nachdem die Verdienste desselben schon vor einigen Jahren durch Verleihung des rothen Adlerordens anerkannt worden waren. Werthvolle Andenken seitens der Postbeamten der Provinz, der Stadt Pinne und ihrer Schützengilde, deren Oberst der Geeierte ist, sowie eine kunstvoll ausgestattete Urkunde der Stadt über die Ernennung des Jubilars zum Stadthalter wurden von den einzelnen Deputationen überreicht, während die vor dem Hause erschienene Schützengilde salutirte und eine Militärkapelle patriotische Weisen erlösen ließ. Ein von dem Jubilar gegebenes splendides Festmahl in dem geschmackvollen Saal des Hauses vereinigte demnächst die Festgenossen bis spät in die Nacht hinein in fröhlichster Stimmung. Von den vielen Toasten heben wir besonders hervor die des Herrn Oberpostdirektors Schiffmann auf den Kaiser und auf den Jubilar, des Herrn Oberpoststrahls Bauer auf die würdige Gattin des Jubilars, des Herrn Sanitätsrats Dr. Dames auf den Herrn Oberpostdirektor Schiffmann, welcher seine Verdienste um das Postwesen und die Postbeamten biesiger Provinz von sich abzulenken suchte und in gebieger Rede dem Chef Herrn Dr. Stephan ein begeistertes Hoch ausbrachte, auch in rührenden Worten der Hingabe und treuen Unterstüzung seines alt bewährten Rathes, Herrn Oberpoststrahls Bauer gedachte, wogegen letzter sehr ansprechend die Stellung des Postbeamten zum Publikum schilderte. Auch die Humoristik war durch Herrn "Posto" Gräflich vertreten, welcher in launiger Weise die Verdienste des Postvermödes zur Geltung brachte, und durch Abbrechen bengalischer Flammen bei den verschiedenen Toasten die Geeierten in das rechte Licht zu setzen wußte.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 16. November. [Konkurs Strausberg.] Vor dem Kommissar des Konkurses, Stadtgerichtsrath Bennecke, stand heute Vormittag 11 Uhr der Wahltermin in Sachen des Kaufmanns und Fabrikbesitzers Dr. Bethel Henr. Strausberg an. Da der Sitzungssaal Sommer Nr. 12 als zu klein befunden wurde, wurde die Sitzung im großen Sitzungssaal, Konferenzzimmer Nr. 66, abgehalten. Herr Stadtgerichtsrath Bennecke erklärte, daß bei dem außerordentlichen Umfang dieses Konkurses sich über den Stand der Masse selbst etwas Gewisses unmöglich schon sagen lasse. Alle Güter sind bedeutend verschuldet und nicht abzutragen sei es, ob durch Verkäufe derselben auch nur überhaupt ein Nutzen erzielt werden dürfte. Bei dem vorhandenen Mobilisationsvermögen dürften die bevorrechtigten Forderungen gedeckt werden, bei allen übrigen Forderungen aber, soweit Pfand oder nicht besonderes Vorrecht vorhanden ist, steht ein sehr geringer Prozentsatz in Aussicht. Verwalter Kaufmann Dietrich, welcher einstimmig von der zahlreich erschienenen Gläubigerchaft als einstweiliger Verwalter erwählt worden ist, gab eine Geschichte des Strausbergschen Konkurses dahin, daß er die Entstehung und Ursache derselben auf das Jahr 1870 verlegte. In diesem Jahre war Strausberg auf der Höhe seines Glückes. Damals baute er fast alle die Bahnen, die später eine so unglückliche Rolle spielten, ganz besonders die Bahn in Südmähren. Auch erwarb er damals die bekannten Werke in Antwerpen mit einem Kapital von 3½ Mill. Franks. Da brach der deutsch-franz. Krieg aus, und es sei anzuerkennen, daß trotz dieses Krieges, der den Geldmarkt empfindlich berührte und Strausberg ungeheure Opfer auferlegte, er doch nicht nachließ, seine Werke trotz aller Schwierigkeiten so weit wie möglich fertigzustellen. Der ungünstige Stand aller Wertpapiere, der schwierige Verkauf aller Bahnaktien, die entstandenen großen Schwierig- und Zwistigkeiten bei dem rumänischen Bahnbau, der Berlin-Gelder Verkehrsvertrag, der mislungen, brachte endlich es zu bedeutenden Verlusten, die bei Strausberg und der Diskontobank die Höhe von 6.000.000 Thalern erreichte. Für 2.000.000 Thaler sind der Diskontobank sämtliche Güter in Preußen verpfändet worden, die Strausberg zugehörten. 1872 wurden auch noch die Bahnen verkauft, und zwar sehr ungünstig, die Strausberg noch geblieben waren, er behielt damals nur die Brest-Grajewo, Hannover-Altenbekener, Halle-Sorau-Gubener Bahnen. Er kaufte trotzdem die bedeutende Besitzung Bütow, welche einen großartigen Güterkomplex bildet. Um in England festen Fuß zu fassen, verkaufte er Hannover-Altenbekener. Dann übernahm er den Bau von 20.000 Eisenbahnen für Russland und später wiederum 2000, worauf er einen Vorstoß von 1.800.000 Rubel entnahm, der schließlich zu seiner Haftnahme führte. Auch in Russland erwarb er Güter-Complexe. Die Mehltheuer Weidener Bahn besaß zur Fertigstellung noch 300.000 Thlr., der Betrieb derselben wird eingestellt werden. Die Bahn selbst repräsentiert einen Wert von 1.700.000 Thlr. Ferner besitzt Strausberg noch die Ungarische Waaghalbahn, beinahe fertiggestellt. 6.400.000 Gulden Wert. Die Obligationen sind aber verpfändet, sie müssen ausgelöst werden, da sie möglicherweise pari zu stehen kommen. Die Bahn von Prag nach Karlsruhe verlangt noch 500.000 Francs Kaufsumme, der Verwalter glaubt diese fallen lassen zu müssen. Das letzte Unternehmen Strausberg's, die Deutsch-Böhmisches Eisenwerke, liegt noch so unklar in ihren Verhältnissen da, daß sich darüber Klares nicht sagen läßt. Nach der Konvention von 1847 haben die Konkursgläubiger in Österreich wie in Preußen gleiche Rechte, dagegen liegen die Verhältnisse in Russland und England ganz anders. Die Gerüchte über das Vermögen der Frau Strausberg sind falsch, dieselbe hat in den schlechten Seiten ihr Vermögen ihrem Mann ganz zurückgegeben. Nur die Elbinger Waggonfabrik nennt sie noch ihr Eigen und gegen dieses hat der Verwalter der Masse Einspruch erhoben. Sämtliche Passiva betragen ca. 13.818.800 M. in 13 Liegenschaften in Preußen u. dagegen die Aktiva 16.916.151 M., so daß, wenn es gelänge den in der That solten Tropfpreis zu erreichen, 3 Millionen Überschuß da wären. In Waaghalb-Obligationen sind 413.000 Mark verpfändet, die eingelöst einen Überschuß in Aussicht stellen. In Neuh. Waggonfabrik 342.000 M., zweifelhaft, ob hier von etwas Überschuß, falls einiges ist, braucht kommt. Zwei Forderungen Hannover-Altenbekener und Niederrhein-Uererbahn mit 3.463.000 M. werden langweiligen Prozessen unterworfen sein, da die ebensole Gegenansprüche an die Konkursmasse stellen, also sehr fraglich sind. Die Aktiengesellschaft Deutsch-Böhmisches Eisen- und Stahl Fabrik war verlaufen aber nicht aufzulassen, dazu gehört die Haveralat-Wiese. Fernere Objekte bilden die Eisensteinbrüder im Siegerland und Harz, die Marienhütte bei Danzig und die der Frau Strausberg gehörige aber vom Verwalter reklamierte elbinger Waggonfabrik. — Für die Mobilisierung Gläubiger sind vorhanden 218.000 Mark und 120.000 Mark Waaghalb-Obligationen, über deren Höhe sich augenblicklich nichts sagen läßt. Der Verwalter glaubt alles aufzubinden zu sollen, Dr. Strausberg durch diplomatische Vermittelung hierherzuholen, da dessen Anwesenheit unumgänglich nötig ist. Die Diskonto Gesellschaft leistet Vorschüsse, um die Güter in Preußen im Betrieb zu erhalten, aber nicht die Werke. Zu einem Beirat für den Verwalter wurden 6 Herren gewählt, worunter Banquier Leipzig, Dr. Wolff und Bauernmeister Schmidt sind.

Vermischtes.

* „Pro nihilo“ klassisches Latein. Es ist darüber gestritten worden, ob der Ausdruck „Pro nihilo“, den Arnim zum Titel seiner Broschüre wählte, klassisches Latein sei. Die „Trib.“ weist deshalb darauf hin, daß der Ausdruck pro nihilo bei Cicero wiederholt vorkommt, sowohl in den Briefen, als auch in den Reden. In den Reden ist die bekannte Stelle zu erwähnen in der Oratio IIa im Verrem, II. 16, wo Cicero den ungetreuen Beamten Berres apostrophierte: „Wie konntest Du es wagen, die heiligsten Dinge

für nichts zu achtzen (pro nihilo duces?)? Gilt für Dich denn kein Gesetz mehr? Keine Scham und keine Rücksicht? Keine Scheu vor den Gerichten?“ Vielleicht könnte man diese Stelle als Motto auf die Schrift setzen? jedenfalls ist also der Titel des Arnimschen Pamphlets klassisch.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 16. November. Die gestrige zahlreich besuchte Versammlung von Delegirten pommerscher Städte und Handelskammern hat einstimmig folgende Resolutionen angenommen: 1) Die Versammlung erachtet in der von der Reichsregierung bisher eingeschlagenen Handelspolitik den richtigen Weg für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. 2) Die Versammlung würde in der Suspension des Zollgesetzes vom 7. Juli 1873 mit Bedauern ein Verlassen der bisherigen Handelspolitik und eine arge Schädigung des Nationalwohlsstandes, namentlich der östlichen Provinzen, erkennen.

Wien, 16. November. Der Abg. Fuchs und Genossen haben heute im Abgeordnetenhaus eine Interpellation betreffend die Ausführung der Resolution des Abgeordnetenhauses über Trennung des österreichischen und preußischen Anteils der bischöflichen Diözese in Breslau eingehabt.

Wien, 16. Novbr. Das heutige Tagblatt veröffentlicht folgende Depesche aus Konstantinopel: Gleich nach Ankunft Nasrid Pascha's wird eine Bulle an die Großmächte gerichtet werden, in welcher das Reformwerk sowie die Garantien für dessen Durchführung entwickelt und präzisiert werden. (H. T. B.)

Wien, 16. November. Aus Russland wird dem „N. W. Tagblatt“ gemeldet, daß von den Truppen, welche in Nisch konzentriert sind, in Bulgarien 12.000 Mann verbleiben werden. Außerdem wird im Widdiuser Sandjaka ein Corps von 6500 Mann Winterquartiere begeben. (H. T. B.)

Belgrad, 16. Nov. Ein neuer Ministerwechsel steht bevor. Der Fürst konferirt mit dem konservativen Marinovics, welcher an Stelle des radikalnen Kaljevics das Ministerpräsidium übernehmen soll.

(H. T. B.) Nagusa, 15. November. Ein Anfall der Garnison von Bubzi, welche die Einführung eines Lebensmitteltransports in die Festung bezeichnete, ist, wie aus südländischer Quelle gemeldet wird, von Petkovich urückgeschlagen worden und liegen die Türken 25 Tote auf dem Platz.

Paris, 16. November. Von der Küste werden zahlreiche Schiffbrüche gemeldet. Aus Cherbourg wird berichtet, daß das dänische Schiff „Foreynen“ auf der Fahrt von Kopenhagen nach Triest bei Etaples gescheitert ist. Von der Mannschaft sind 2 Mann gerettet. 8 Mann werden vermisst.

Versailles, 15. November. Nationalversammlung. In der Rede, in welcher Buffet sich für die Vertagung der Berathung des Mairesgesetzes aussprach, wies derselbe zunächst daran hin, daß die Regierung in überaus maschiner Weise von ihrem Rechte, die Maires aus den nicht zu den Municipalräthen gehörigen Personen zu ernennen, Gebrauch gemacht habe. Eine Änderung in der betreffenden Gesetzgebung würde die Municipalbehörden desorganisieren und den Zeitpunkt der allgemeinen Wahlen nur noch weiter hinausziehen. Was die Haltung der Regierung bei den zukünftigen Wahlen angeht, so werde der Präsident der Republik in durchaus verfassungsmäßiger Weise die Personen auswählen, welche diese Wahlen zu leiten haben würden. Wenn das gegenwärtige Kabinett alsdann noch am Ruder sei, so würden die Wahlen sich in durchaus freier, gesetzmäßiger und aufrechter Weise vollziehen, so daß man von denselben werde sagen können, Frankreich sei niemals in lohalerer Weise um seine Meinung befragt worden. Wir werden nicht nur jede Verlegung der Wahlfreiheit fernhalten, sondern uns auch bemühen, dieselbe in jeder Weise zu schützen. Der Minister fuhr dann fort: „Als Wähler wie als Regierung haben wir das Recht, unsere Sache vor dem Lande zu vertheidigen, wie das Land befreigt sein wird, über unsere Politik sein Urteil zu fällen. Wir werden das Recht haben, diese Politik zu erläutern und aneinander zu setzen und dem Lande zu erklären: Wenn Ihr diese Politik für eine gute haltet, so unterstützt sie, wenn nicht, so wählt Kandidaten, welche für eine andere Politik sind. Der Minister erklärte am Schlusse seiner Rede, daß die Existenz radikaler Komites erwiesen sei und daß zahlreiche vorliegende Polizeiberichte das Vorhandensein einer von sozialistischer Seite her drohenden Gefahr bezeugten. Diese Gefahr sei allerdings durch die Annahme der Arrondissements Wahlen wesentlich vermindert worden. Die Regierung werde im übrigen keine offiziellen Kandidaturen aufstellen, aber sie werde von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machen, die Meinung, welche sie vertritt, zu vertheidigen und sie geltend zu machen.“

Versailles, 16. November. Die Nationalversammlung erledigte in ihrer heutigen Sitzung mehrere unbedeutendere Gesetzentwürfe und beschloß in der nächsten Sitzung, welche erst am Donnerstag stattfindet, die Wahl einer Kommission zur Vorberatung des Pressegesetzentwurfs vorzunehmen. Auf die Tageordnung dieser Sitzung wurde außerdem noch die Berathung des Entwurfs einer Postkonvention zwischen Deutschland und Frankreich, die Postmandate betreffend, gesetzt.

Madrid, 16. November. Der Flügeladjutant des Don Carlos,

Zubire, hat dem General Quesada ein an den König Alfonso gerichtetes Schreiben des Don Carlos eingehändigt.

Die Objekte bilden die Eisensteinbrüder im Siegerland und Harz, die Marienhütte bei Danzig und die der Frau Strausberg gehörige aber vom Verwalter reklamierte elbinger Waggonfabrik. — Für die Mobilisierung Gläubiger sind vorhanden 218.000 Mark und 120.000 Mark Waaghalb-Obligationen, über deren Höhe sich augenblicklich nichts sagen läßt. Der Verwalter glaubt alles aufzubinden zu sollen, Dr. Strausberg durch diplomatische Vermittelung hierherzuholen, da dessen Anwesenheit unumgänglich nötig ist. Die Diskonto Gesellschaft leistet Vorschüsse, um die Güter in Preußen im Betrieb zu erhalten, aber nicht die Werke. Zu einem Beirat für den Verwalter wurden 6 Herren gewählt, worunter Banquier Leipzig, Dr. Wolff und Bauernmeister Schmidt sind.

Gernika, 16. November. 2000 Mann spanischer Truppen

wurden nach La Rioja eingeschiffen. — Nach hier vorliegenden Nachrichten sind neuerdings 170 Carlisten, darunter der Brigadier Navarrete und 10 andere Offiziere, auf französisches Gebiet übergetreten und in Perpignan interniert worden.

London, 15. November. Die niedrig gelegenen Theile Londons und der Umgegend sind durch eine Springflut der Themse unter Wasser gesetzt worden; indeß ist das Wasser bereits wieder im Sinken. Die Stürme der letzten Tage haben außerordentlich großen Schaden gehan. Von der Küste wird eine große Anzahl von Schiffbrüchen gemeldet.

Petersburg, 16. November. Der Kaiser Alexander lehrt den 6. Dezember in St. (24. November a. St.) aus Livadia hierher zurück. Die Kaiserin wird erst später zurückkehren.

New York, 16. November. Nach dem von dem Departement für Landwirtschaft in Washington erlassenen Bericht steht für die

Baumwolle gegenüber den Ernteerträgnis des Vorjahrs eine kleine Mehrernte in Aussicht, wenn die Witterung im November und Dezember günstig bleibt. — Die westlichen Unionsstaaten sind von Stürmen und Regengüssen heimgesucht, die Telegraphenverbindungen dorthin sind vielfach unterbrochen.

Berantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angefommene Fremde

17. November.

MYLIUS HOTEL, BE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Witt und Frau aus Bogdanow, Student aus Albrechtsdorf, Frau Wicak und Tochter aus Ruszkow, Matthes aus Janlowice, Matthes aus Höhentraig, Direktor Reiss aus Breslau, Hauptmann Dunst a. Bromberg, Hauptm. Fr. von Schleinitz aus Bromberg, Ingenieur Aich aus Danzig, Baumeister Reisch aus Berlin, die Kauf. Hirschfeld aus Berlin, Wapler aus Schönhaide, Handörfer aus Dresden, Dresden, Tiecke aus Aachen, Ascher aus Rheindorf, Königssberger aus Leipzig, Bräsch aus Magdeburg, Maschner aus Leipzig, Frank aus Gladbach.

Große Möbel- und Pianino-Auktion.

Umzugshalber einer hohen Herrschaft werde ich

Donnerstag den 18. d. Wts.,

Vorm. von 9 und Nachm. von 3 Uhr ab, Mühslen- u. Berlinerstrassen-Häse Nr. 29 ein feines Mobiliar, als: im Saal 2 große Nussbaum-Trumeaux mit Untersäulen, 1 Victoria-Plüschtarnitur, bestehend aus 1 Sophie, 2 Armstühlen und 6 kleinen, 1 Verdikof, 1 Sophatisch, zwei runde Tischen mit Marmorplatten, 1 grohe Bronze-Uhr, 1 Bronze-Kronleuchter mit Prismen; im Speisezimmer 1 Mahagoni-Buffet mit durchgehender Marmorplatte, 1 Patent-Ausziehtisch mit Einlagen; 1 Weißer Garnitur, bestehend aus 1 Sophie, 2 Armstühlen, 4 kleinen, 1 Chiffonniere, 1 großen Spiegel mit Tisch u. Platze; im Herrenzimmer 1 Mahagoni-Cylinder-Bureau, 1 Chatelongue, 1 Bücherpind, 6 Rücken-Rohrtische, 1 eisernen zweithürigen Geldschrank; im Schlafzimmer 2 Mahagoni-Bettstühlen mit Federnmatratzen, 1 feine Damen-Toilette mit Spiegel u. Marmorplatte, Bettspindeln, Stühle, Kommoden, Garderoben, Wäsch, Silber- und Kleiderspind, feine Kanten-Gardinen, 1 Regulator, Stubenläufer, Teppiche, dabei ein großer Salon-Tepich, Tischdecken, kleine Alfenide, Glas, Porzellan-Gegenstände, Delbilder, Kupfergeschirre u. s. w. und um 12 Uhr 1 feines Polisander-Pianino, ein Geldschrank und eine feine Doppel-Galesche mit Patentaxen gegen baare Zahlung verteigern.

Katz, Auktionskommisarius.

Die Gegenstände sind von besten Fabrikanten in Berlin angefertigt worden, sind in guter Ordnung und stehen heute Mittwoch von 3 bis 6 Uhr Nachmittags zur Ansicht aus.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 16. November. Getreide-Börse. Wetter: schöne klare Frostnacht. Wind: B.

Weizen loko blieb am heutigen Markt fortgesetzt unbeachtet und ohne Kauflust, nur zu geübten Preisen sind außerordentlich mühsam und schwerfällig 220 Tonnen verkauft und ganz besonders blieben auch heute die glasigen Gattungen zurück. Beobacht. ist für Sommer 129 Pfd. befest 185 M. Sommer 129 Pfd. 187 M. roh 132 Pfd. 187 M. glasig 126, 127, 128 Pfd. 191, 195 M. hellfarbig 128 Pfd. 202½ M. 132 Pfd. 205 M. hellblau 129 Pfd. 204 M. 130 Pfd. 205 M. 131 Pfd. 210 M. weiß 126 Pfd. 200 M. 130, 131 Pfd. 211, 212 M. per Tonne. Termine ohne Kauflust, April-Mai 212 M. B. Regulierungspreis 198 M.

Roggen loko fest, 120 Pfd. ist 155 M., 121 Pfd. 156 M., 123 Pfd. 156 M., alt voln. 124 Pfd. 147 M. per Tonne bezahlt. Umsatz 55 Tonnen. Termine nicht gehandelt. April-Mai 156 M. Br. und G. Regulierungspreis 150 M. — Gerste loko kleine 107 Pfd. 137 M., 108/9 Pfd. 133 M., große 111 Pfd. 157 M., 112/3 Pfd. 159 M., bessere 112 3 Pfd. 68 M., kleine 118/9 Pfd. 170 M. per Tonne bezahlt. — Weizen loko brachten 191 M. per Tonne. — Spiritus loko ohne Zubehör, April-Mai 51 M. Br. Mai-Juni 51,50 M. Br. Regulierungspreis 198 M.

Bremen, 16. November. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Et. or November-Dezember 43,90, pr. Dezember-Januar 129,00, pr. April-Mai 48,00 Weizen pr. November-Dezember 193,00 Roggen pr. November-Dezember 153,50, pr. Dezember-Januar 155,00, pr. April-Mai 157,50 Rübb. November-Dezember 69,00, pr. Dezember-Januar 68,50, pr. April-Mai 70,50 Binkfest. Wetter: April-Mai 51 M. Br. Mai-Juni 51,50 M. Br.

Bremen, 16. November. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Et. or November-Dezember 43,90, pr. Dezember-Januar 129,00, pr. April-Mai 48,00 Weizen pr. November-Dezember 193,00 Roggen pr. November-Dezember 153,50, pr. Dezember-Januar 155,00, pr. April-Mai 157,50 Rübb. November-Dezember 69,00, pr. Dezember-Januar 68,50, pr. April-Mai 70,50 Binkfest. Wetter: April-Mai 51 M. Br. Mai-Juni 51,50 M. Br.

Köln, 16. November. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen loko, hiesiger loko 21,00, fremder loko 21,50 pr. November 20, pr. März 25, pr. April-Mai 21,45 Roggen matter, hiesiger loko 16,50, pr. November 14,30, pr. März 15,45 Hafer full, loko 18,00, pr. November 17,40 Rübb. höher, loko 37,60, pr. October 17, pr. Mai 38,40 — Wetter: schön.

Hamburg, 16. November. Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen full

Berlin, 16 Novbr. Wind: W., mäßig. Barometer 28,3. Thermometer + 4° R. Witterung: heiter.

Wetzen loko per 1000 Kilogr. 173—217 Km. nach Dual. gef. gelber per diesen Monat 196 Km. b. Nov.-Dezbr. do. Dez.-Jan.-April-Mai 29—9,50 b. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 154—174 Km. nach Dual. gef. in Änd. 163—172 ab Bahn, russ 174—155 ab Kahn, neuer 157—162 ab Kahn b. — ver diesen Monat 151—153,50 b. Nov.-Dezbr. do. Dez.-Jan. 155—154 b. Frühjahr 157—156,50 b. Mai-Juni — — Gerste loko per 1000 Kilogr. 136—184 Km. nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 135—184 Km. nach Dual. gef. oft u. weitr. 155—174, vorw. u. medio 170—176, russ 155—174, böhm. n. sächs. 170—177 ab Bahn b. — ver diesen Monat 162—160,50—162 b. — Nov.-Dezbr. do. Frühjahr 169,50—170,50 b. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochware 186—230 Km. nach Dual. Kutterware 175—185 Km. nach Dual. — Käse per 1000 Kilogr. — Km. — Rüben — Km.

Breslau, 16. Novbr. Nachmittags. Fest.

Freiburger 77,50 do. junge — Oberöschel 140,50 R. Österre. St.-A. 95,25 do. do. Prioritäten 104,25. Franzosen 480,50 Lombarden 176,50 Silberrente 64,50 Rumänen 29,00 Breslauer Weinstadt 59,00 do. Wechslerbank 60,00. Schles. Bank 82,75. Kreditaktien 323,00 Lärchhütte 62,00 Oberöschel Eisenbahnbet. —. Österreich. Bank 177,75 Russ. Banknoten 267,50 Schles. Vertrieb. Bank 88,00 Österreich. Bauk. — Breslauer Prov. Wechslerb. —. Frankfurter 83,25 Schlesische Centralbahn —. Bresl. Delf. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M. 16 Novbr. Nachm. 2 Uhr 30 M. Recht fest. Internationale Spekulationswerthe und Bahnen höher. [Schlusskurse] London 203,40. Pariser Wechsl. 80,70. Wiener Wechsl. 176,45. Franzosen* 237,72. Böhm. Wechsl. 163% Lombarden* 89. Galizier 170. Elisabethbahn 137%. Nordwestbahn 118%. Kreditaktien* 163% Russ. Bodenfr. 85 Russen 1872 98%. Silberrente 64%. Papierrente 60%. 1864er Loos 108%. 1864er Loos 133,50. Unionbank 68,70. Lombarden 99,80. Napoleon 9. — Schwach. — amerikaner de 1865 99%. Deutsch-Österreich. 72% Berliner Bankverein 75%. Frankfurter Bankverein — do. Wechslerbank 70%. Bankaktien 796,00. Weininger Bank 79% Habsburg. Eisenbahnbank —. Darmstädter Bank 103,00. Hess. Ludwigsb. 93. Oberhessen 71%. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 163. Franzosen 241%. Lombarden 89 Reichsbank —.

Frankfurt a. M. 16 Novbr. Abends. [Effekten-Sozietät] Bankaktien 163%. Franzosen 243%. Lombarden 89%. Galizier 170%. Reichsbank —. Darmstädter Bank —. Biemlich fest.

* per medio resp. per ultimus.

Berlin, 16 November. [Fonds- und Aktien-Börse]. Die heutige Börse eröffnete und verließ in ziemlich fester Haltung; die Kurse segten auf spät aktivem Gebiet zum Teil etwas besser ein und konnten auch weiterhin noch mäßige Besserungen erfahren. In dieser Richtung waren namenl. & die auswärtigen ziemlich günstigen Notierungen von Einfluss, wo auch gleichzeitig eine regere geschäftliche Thätigkeit der festen Grundtimmung Vorschub leistete.

Der Kapitalmarkt bewährte sich im Wesentlichen feste Tendenz die mehrfach al. idemfalls mit Kursbesserungen verbunden war; die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige waren durchschnittlich behauptet, aber sehr ruhig. Im Allgemeinen gewannen denn auch die Umläufe keinen großen Belang und nur für die spekulativen Hauptdevisen sind ansehnlichere Abschlüsse zu konstatieren. Der Geldmarkt hat sich nur unwesentlich verändert; im Privatwechselverkehr stellte sich der Diskont auch $\frac{1}{2}$ a. $\frac{1}{2}$ Pct. für feinste Briefe.

FONDS- u. Aktienbörsen

Berlin, den 16. November 1875

Deutsche Fonds.

Gesellschaftsaktien 141,425 b. Börs. Aktienges. 90,00 b. do. do. 41 — — Börs. Aktienges. 90,90 b. Böhm. St. Akt. 135,50 129,75 B. Böhm. 40.000.000 b. Böhm. Aktienges. 256,93 B. Böhm. St. Akt. 100,75 B. Böhm. Aktienges. 101,30 b. Böhm. Aktienges. 31,00 B. Böhm. Aktienges. 10,00 B. Böhm. Aktienges. 101,40 b. Böhm. Aktienges. 106,75 B. Böhm. Aktienges. 86,00 B. Böhm. Aktienges. 29,60 B. Böhm. Aktienges. 4,23 B. Böhm. Aktienges. 102,00 b. Böhm. Aktienges. 93,25 B. Böhm. Aktienges. 190,00 b. Böhm. Aktienges. 34,50 b. Böhm. Aktienges. 33,25 b. Böhm. Aktienges. 93,00 B. Böhm. Aktienges. 84,00 B. Böhm. Aktienges. 83,75 B. Böhm. Aktienges. 92,75 b. Böhm. Aktienges. 93,50 B. Böhm. Aktienges. 100,0 B. Böhm. Aktienges. 96,25 B. Böhm. Aktienges. 26,25 b. Böhm. Aktienges. 35,00 b. Böhm. Aktienges. 25,25 B. Böhm. Aktienges. 93,75 B. Böhm. Aktienges. 88,75 b. Böhm. Aktienges. 95,61 b. Böhm. Dr. Pfdr. I. 105,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. II. 191,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. III. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. IV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. V. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. VI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. VII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. VIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. IX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. X. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XVIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XXXIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XL. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLX. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLXI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIII. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLIV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLV. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVI. 101,75 b. Böhm. Dr. Pfdr. XLVII.